

25. / VII. 1918.

Zur Verbilligung der Preise.

Am 15. d. M. fand eine außerordentliche Generalversammlung der städtischen Repräsentanz statt, die zu dem Zwecke einberufen worden war, um über die Möglichkeit einer Verbilligung der Lebensmittel und Bedarfsartikel zu beraten.

Es gut gemeint auch alle Vorschläge sein dürften, so bleiben sie doch ein Schlag ins Wasser, so lange nicht von Regierungswegen das Uebel an der Wurzel gefaßt und ausgerissen wird. Von Preßburg aus laßt sich der über ganz Ungarn verbreitete Wucher und die Preistreiberei nicht ausmerzen; dazu gehören schon ganz andere Mittel und ganz andere Kräfte.

Dazu gehört vor Allem eine Besserung unierer Valuta. So lange eine Krone anstatt 100 Centesimi und mehr, wie vor dem Kriege, nur 28 Centesimi in Italien und in demselben Verhältnisse in dem anderen Auslande gilt, kann von einer gewaltigen Verbilligung der vom Auslande bezogenen Artikel keine Rede sein. Und zu diesen Waren gehören alle Kolonialwaren und Rohstoffe, welche die Industrie von dort zu beziehen gezwungen ist, sobald nur normale Zustände wieder eintreten.

Allerdings, die noch seit Kriegsausbruch hier versteckt gehaltenen Vorräte könnte bei denjenigen, die sie versteckt halten, einer gewaltigen

Preisreduzierung unterzogen werden. Aber selbst wenn diese Ware um 50 Prozent billiger verkauft werden müßte, ist uns bleibt es nur ein Palliativmittel, so lange die notwendigsten Lebensmittel, wie Fett und Fleisch, Eier und Butter, Milch und Erdäpfel, Getreide und Gemüse von den Produzenten zu Phantasiepreisen verkauft werden dürfen. Hier müßte die republikanische Gesetzgebung einsehen, wenn sie die Macht dazu in sich fühlt. Aber auch die Volksregierung geht um dieses Problem herum, wie die Skaze um den Brei. Sie will vielleicht, aber sie traut sich nicht recht. Und diese Produzenten sind es hauptsächlich, welche uns den Brotkorb so hoch gehängt haben, daß er vom Mittelstande nicht mehr erreicht werden kann.

Ein drittes Problem, das gelöst werden muß, fallen die Preise sinken, sind die wahnsinnig hohen Arbeitslöhne. Wir beargwöhnen ja vollkommen! Die jetzige Regierung hat, gestützt auf die breiten Arbeitermassen, die Losreißung von Oesterreich, die Waffenstreckung und die Absetzung der Dynastie zu Stende gebracht. Diese Dille muß belohnt werden und so sehen wir, gar nicht mit Staunen und Befremden, wie alle Maßnahmen zur Erleichterung der Lebensführung nur den Arbeitern gelten. Für die landwirtschaftlichen wird außerdem zur Enteignung des Bodenbesitzes, für die industriellen zur Besitzergreifung bestimmter Betriebe geschritten. Die ohnehin hohen Maximallöhne wurden noch weiter erhöht und alle sozialen Einrichtungen, die getroffen werden, sind nur für die manuellen Arbeiter geschaffen. Wir Angehörige des Mittelstandes netzen ihnen durchaus nicht die Errungenschaften, welche sie sich durch ihre stramme Organisation erkämpft haben. Aber die Firangestellten hätten es eben sehr gerne gesehen, wenn auch ihrer gedacht worden wäre. Sie empfinden es als bitteres Unrecht daß z. B. der leitende Direktor eines Un-

ternehmens in Form von Remunerationen, Provisionen, Repräsentationsbesen und noch verschiedenen Titel oft doppelt so viel an Einnahmen jährlich bezieht, wie der ganze Beamtenkörper zusammengenommen. Auch die Staats-, Komunal- und Staatsbeamten leiden furchtbar unter der entsetzlichen Teuerung. Die ihnen gewährten Zulagen sind angesichts der enorm hohen Preise nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Von einer Volkregierung erhoffte man sich eben die Ausübung der von ihr so stark betonten Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit auf alle Stände gleichmäßig verteilt und nicht die Bevorzugung eines einzelnen Standes. Und weiter! Trotz aller glänzenden Löhne und trotz der Abrüstung und der nach Millionen zählenden Heimkehrer leiden wir furchtbar unter einem Mangel an männlichen und weiblichen Arbeitskräften, der nachgerade zu einer entsetzlichen Kalamität wird und zu einer wirtschaftlichen Katastrophe führt, wenn die

Regierung nicht bald mit den enormen Zuwendungen an Geld und den anderen kolossalen Begünstigungen an die Arbeitslosen aufhört.

Sie will ihnen die Mäuler stopfen und vergißt ganz, daß ehrliche Arbeit und selbst redlich erworbenes Geld das beste Mittel ist, um Zufriedenheit zu schaffen. Die Männer werden durch 14 Tage und auch länger vollständig erhalten, bekommen außerdem ein schönes Taggeld und den Frauen werden die Unterstüben noch weiter ausbezahlt. Ist es da ein Wunder, das sie sich an das dolce far niente gewöhnen und für keinen Preis zur Arbeit zu haben sind? Hunderte von Hausfrauen sind ohne Dienstmädchen und ohne Bedienerin, die Leute wollen nicht arbeiten und haben ja von ihrem Standpunkt aus ganz recht. Aber wohin diese Zustände führen werden, bleibt eine offene Frage.

Alles in Allem! Eine Verbilligung der Lebensmittel und Bedarfsartikel kann von Preßburg allein aus nicht erfolgen. Alle schönen Reden sind und bleiben nur zum Fenster hinausgesprochen, so lange das Grundübel nicht bekämpft ist.

Jenny Scorlich.